

## **Gesetzliche Maßnahmen zum Nichtraucherschutz in Deutschland – Einstellungen und Akzeptanz der Bevölkerung\***

Autoren: Ute Mons, Robert Amhof, Martina Pötschke-Langer

**Schlüsselworte:** Nichtraucherschutz, gesetzliche Maßnahmen, Einstellungen zum Nichtraucherschutz, soziale Unterschiede, Rauchverbot in der Gastronomie, Rauchen am Arbeitsplatz

### Zusammenfassung

**Hintergrund und Fragestellung:** Im Zeitraum 2007/08 sind in Deutschland gesetzliche Maßnahmen zum Nichtraucherschutz umgesetzt worden. Der Artikel untersucht, welche sozialen Merkmale die Akzeptanz gesetzlicher Rauchverbote beeinflussen. Schwerpunkt ist das Rauchverbot in gastronomischen Betrieben. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Analyse gesundheitlicher Einflussfaktoren auf die Zustimmung zum Nichtraucherschutz.

**Methode:** Datenbasis sind rund 1.500 Befragungsteilnehmer des Gesundheitsmonitors (repräsentativer Bevölkerungsquerschnitt im Alter von 18-79 Jahren). Erhebung im Herbst 2007. Analysemethoden: Bivariate Analysen des Fragenkomplexes zum Nichtraucherschutz; multivariate Analysen zur Erklärung der Zustimmung zu Rauchverboten (logistische Regression).

**Ergebnisse:** Auch wenn die Maßnahmen zum Nichtraucherschutz in den letzten Jahren verstärkt wurden, sind immer noch 27 Prozent der erwerbstätigen Männer und 19 Prozent der erwerbstätigen Frauen bei der Arbeit häufig oder manchmal tabakrauchexponiert. Die Freizeit ist der Kontext, in dem Passivrauchen am häufigsten ist. Zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass ein Rauchverbot in der Gastronomie keinen Einfluss auf ihr Ausgehverhalten in Restaurants haben wird. Die Akzeptanz gesetzlicher Rauchverbote ist sehr hoch. Raucher stimmen seltener einem Rauchverbot in Restaurants beziehungsweise Kneipen zu als Ex- und Nie-Raucher. Personen mit Abitur sind häufiger für rauchfreie Restaurants beziehungsweise Kneipen. Je mehr eine Person auf ihre Gesundheit achtet, desto eher wird ein Rauchverbot in Restaurants befürwortet. Befragte aus Niedersachsen, Baden-Württemberg und Hessen (mit rauchfreier Gastronomie zum Befragungszeitpunkt) haben eine deutlich höhere Zustimmung zu einem Rauchverbot in Restaurants.

**Schlussfolgerungen:** Nur eine konsequente Gesetzgebung kann einen effektiven Nichtraucherschutz gewährleisten. Die höhere Zustimmung aus den Bundesländern, in denen schärfere Verbote gelten, lassen sich als Hinweis darauf deuten, dass mit der Anpassung an die gesetzliche Regelung auch die Akzeptanz steigt, wie Erfahrungen auch aus anderen Ländern zeigen. Es ist besorgniserregend, dass eine immer noch hohe Zahl von Menschen bei der Arbeit häufig oder zumindest manchmal Tabakrauch ausgesetzt ist. Darüber hinaus ist es unbefriedigend, dass nun in Deutschland ein Flickenteppich von uneinheitlichen Regelungen besteht, der dazu in den gastronomischen Einrichtungen noch zu viele Ausnahmen vorsieht. Die gesetzlichen Regelungen zum Nichtraucherschutz sollten in ein umfassendes und aufeinander abgestimmtes Gesamtpaket im Sinne einer nachhaltigen Tabakkontrollpolitik eingebettet werden. Ziel sollte es sein, das Nichtrauchen als soziale Norm zu etablieren.

\* S. 181-209 in: Ute Mons, Robert Amhof, Martina Pötschke-Langer (Hrsg.) (2008): Gesundheitsmonitor 2008. Gesundheitsversorgung und Gestaltungsoptionen aus der Perspektive der Bevölkerung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.